Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6066**

14. Wahlperiode 16. 05. 2001

Antrag

der Abgeordneten Cornelia Pieper, Jürgen Türk, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Joachim Günther (Plauen), Dr. Günther Rexrodt, Ulrike Flach, Birgit Homburger, Horst Friedrich (Bayreuth), Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Offensive für Zukunftsinvestitionen in neuen Bundesländern starten – Abwanderung stoppen – 10-Punkte-Programm für den Aufbau Ost

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Aufbau Ost muss auch zehn Jahre nach der deutschen Einheit noch als Chefsache betrachtet werden. Der Streit zwischen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem eigentlich zuständigen Staatsminister Rolf Schwanitz offenbart, dass die rot-grüne Regierung kein stimmiges Konzept einer wirtschaftspolitischen Strategie vorlegen kann. Der Sonderbeauftragte für die neuen Länder Rolf Schwanitz hat nichts bewirkt. Der Bundeskanzler hat sich dieses Themas über einen „Alibiminister“ entledigt. Aufbau Ost muss endlich wieder Thema der gesamten Bundesregierung werden. Die Vollendung der inneren Einheit bleibt Verfassungsauftrag.

Eine sachbezogene Diskussion kann ohne eine nüchterne Analyse nicht vorangehen. Wahrheit ist, dass 40 Jahre Entwicklung in der alten Bundesrepublik Deutschland nicht in zehn Jahren aufgeholt werden können. Es gibt inzwischen die „Leuchttürme“ im Osten, vor allem erfreuliche Wachstumsraten im verarbeitenden Gewerbe. Trotzdem bleibt der Osten bei den Wachstumsraten hinter dem Westen zurück, weil die industrielle Basis zu schwach ist und das Baugewerbe nicht mehr als Motor für den Konjunkturaufschwung läuft. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Alarmierend ist der steigende Trend bei der Jugendarbeitslosigkeit, der langfristig einen selbsttragenden Aufschwung blockiert. Viele jüngere, gut qualifizierte Leute wandern ab.

Ostdeutschland kann noch nicht auf Förderung verzichten. Die bisherige Gesamtförderung muss nach elf Jahren aber auf die verbleibenden Schwachstellen konzentriert werden. Ohne eine effektive Wirtschaftspolitik, die auf die besondere Situation der neuen Bundesländer zugeschnitten ist, wird sich keine Auf-

wärtsbewegung einleiten lassen. Deshalb wollen die Liberalen eine „Offensive für Zukunftsinvestitionen in den neuen Bundesländern".

Eine stärkere Konzentration auf den Infrastrukturausbau sowie Wissenschaft und Forschung ist dringend geboten. Dabei ist sicherzustellen, dass die den Ländern und Gemeinden gewährte finanzielle Hilfe zum Ausbau der Infrastruktur auch in die geplanten investiven Verwendungen fließt.

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

1. Verkehrsinfrastruktur ausbauen

Die Bundesregierungen mit F.D.P.-Beteiligung haben durch mutige Entscheidungen dafür gesorgt, dass seit der deutschen Einheit rund 80 Mrd. DM zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in die neuen Bundesländer geflossen sind.

Diese Vorrangfinanzierung muss beibehalten und fortgesetzt werden, insbesondere auch im Hinblick auf die Anforderungen, die sich durch die zu erwartende EU-Osterweiterung für die Verkehrswege in den neuen Ländern ergeben. Die Bundesregierung muss ein Sonderprogramm „EU-Osterweiterung" auflegen, das über drei Jahre mit drei Mrd. DM ausgestattet werden soll.

Unabhängig von diesem Programm müssen die Standortbedingungen in den neuen Bundesländern weiter verbessert werden. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Schlüsselvoraussetzung für die Marktteilnahme und Ansiedlung mittelständischer Unternehmen, Industrieunternehmen und auch ausländischer Investoren. Die Vorrangfinanzierung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit ist deshalb beizubehalten, der Einsatz von EFRE-Mitteln der EU für die Verkehrswege in den neuen Ländern im Rahmen der Ziel-1-Förderung ist zügig umzusetzen.

Die im Zukunftsinvestitionsprogramm und im „Anti-Stau-Programm" vorgesehenen Projekte sind zur besseren Planung über den vorgesehenen Programmzeitraum hinaus (2007) in der Finanzplanung zu verstetigen.

2. Wissenschaftliche Infrastruktur ausbauen

Die wissenschaftliche Infrastruktur in den neuen Ländern bildet die Keimzelle für neue arbeitsplatzschaffende Wissensregionen. Eine leistungsfähige, wissenschaftliche Infrastruktur ist dabei notwendige Voraussetzung, um attraktive Standortbedingungen für die Vernetzung mit der mittelständischen Wirtschaft herbeizuführen. Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern sind hochqualifizierte Leistungsträger, die auch im weltweiten Wettbewerb bestehen können.

Dieser wissenschaftliche Vorteil muss in wirtschaftliche Vorteile umgemünzt werden. Durch eine stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft können rund um die ostdeutschen Hochschulen und Forschungsinstitutionen wirtschaftliche „Innovationsgürtel" entstehen. Das Ziel, Netzwerke des Wissens zu schaffen und hochtechnologische Arbeitsteilung auf engem Raum zu erreichen, verlangt eine beständige Schwerpunktsetzung auch durch die neuen Länder selbst. Durch ein Hochschulprogramm Ost müssen sowohl die baulichen Nachteile als auch der personelle Rückstand von rund 15 % ausgeglichen werden.

Gemeinsam mit dem Bund müssen die neuen Länder für eine Schließung der Lücken in der wissenschaftlichen Infrastruktur sorgen. Die Kürzungen im Bundeshaushalt bei der Leibniz-Gemeinschaft um 1,5 % müssen schnellstens zurückgenommen werden, da namhafte wissenschaftliche Institute davon betroffen sind. Die Industrieforschung muss wieder gestärkt werden. BioRegio- und

InnoRegioprogramme sind richtige Schwerpunktsetzungen und sind zu verstärken.

3. Abwanderung junger Leistungsträger stoppen

Ausbildungsplätze und die Chancen, im erlernten Beruf auch arbeiten zu können, sind für Jugendliche ein immer wichtigeres Kriterium ihrer Lebensplanung. Auch wenn in den neuen Bundesländern das betriebliche Ausbildungsplatzangebot leicht gestiegen ist, werden 70 % der Jugendlichen vor allem in überbetrieblichen Bildungseinrichtungen ausgebildet. Die Lehrstellensituation insgesamt ist unbefriedigend. Nach wie vor sind hier Ausbildungsplatzprogramme des Bundes und der Länder erforderlich. Diese sind so auszurichten, dass eine Ausbildung am Markt vorbei verhindert wird. Die Bundesregierung muss eine Berufsausbildung mit flexiblen Regelungen und einem Modulsystem, das auch Jugendlichen mit weniger guten Leistungen oder Ausbildungsabbrechern die Chance bietet, die Berufsausbildung mit einem Abschluss zu komplettieren, favorisieren.

Darüber hinaus ist eine jährliche Anpassung des Gesamtkontingents an betrieblichen Ausbildungsplätzen erforderlich. Neue Berufsbilder sind schneller und unbürokratischer zu schaffen. Die Zulassungsverfahren dafür sind so zu verändern, dass sie den Anforderungen der Unternehmen folgen können. Die Abwanderung gerade junger Menschen aus den neuen Bundesländern ist ein Zeichen dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht ernst genug nimmt.

Ostdeutschland darf nicht zum „Altersheim“ der Republik werden. Die Bundesregierung muss schnellere Anpassungen des Ausbildungssystems und die Unterstützung von Unternehmen, die neue Berufsbilder schaffen, vornehmen. Die Abwanderung junger Leistungsträger ist aber ebenso auch eine Herausforderung an die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen in den neuen Ländern.

4. Mittelstandspolitik ist Arbeitnehmerpolitik

Stärker als bisher müssen die Bundesgesetze, insbesondere dem noch schwächeren ostdeutschen Mittelstand, Unterstützung geben. Sowohl die Ökosteuer als auch die Gesetze zur Kriminalisierung der Selbständigkeit als Scheinselbständigkeit und zu den 630-DM-Jobs gefährden den Wirtschaftsstandort Ost. Sie gehören abgeschafft. Auch der Entwurf der Bundesregierung für eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist ein Schlag ins Gesicht der kleinen und mittelständischen Unternehmer und wird von den Liberalen abgelehnt. Die rot-grüne Steuerreform bevorteilt große Kapitalgesellschaften gegenüber kleinen mittelständischen Unternehmen.

Die unfaire Konkurrenz für mittelständische Unternehmen und Existenzgründer durch ABM und Beschäftigungsgesellschaften ist zu reduzieren. Eine dauerhafte Lösung für die Arbeitsmarktprobleme Ostdeutschlands kann nicht über den zweiten Arbeitsmarkt geschaffen werden, sondern nur, wenn dauerhaft mehr Beschäftigung rentabel wird. Dafür sind Veränderungen im Tarifvertragsrecht notwendig, die betriebsnahe Regelungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen. Außerdem muss das Günstigkeitsprinzip dahin gehend erweitert werden, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen auch bei z. B. Verlängerung der Wochenarbeitszeit als für den Arbeitnehmer günstiger angesehen wird. Hingegen finden sich ABM-Teilnehmer zu rund zwei Dritteln unmittelbar nach Ablauf der Maßnahme in der Arbeitslosigkeit wieder. Die Beschäftigungsquote von ABM-Teilnehmern ist nicht signifikant höher als diejenige von Nichtteilnehmern. Der überdimensionierte zweite Arbeitsmarkt ist deshalb allmählich zurückzuführen.

Die für 2005 geplante Entlastung des Mittelstandes im Rahmen der Steuerreform muss vorgezogen werden. Auch die beabsichtigte Verschlechterung der Abschreibungsregelungen (AfA-Tabellen) muss unterbleiben.

5. Bessere Chancen für Existenzgründer

Die Mittelstandspolitik muss über eine Existenzgründeroffensive verstärkt werden. Die Zahl der Existenzgründungen ist seit 1993 dramatisch zurückgegangen. Die neuen Länder müssen zur Selbständigenquote der alten Bundesländer aufschließen. Deshalb müssen dringend folgende Punkte vorangebracht werden:

– Besser aufeinander abgestimmte und – wo möglich – gestraffte staatliche Förderprogramme mit dem Ziel, zu einem einfachen und unbürokratischen Förderprogrammangebot für alle Existenzgründer zu kommen.

– Die Deutsche Ausgleichsbank als Mittelstandsbank des Bundes muss zum zentralen Ansprechpartner für alle Existenzgründer auf Bundesebene werden. Die von den Ländern getragenen Förderinstitute müssen enger mit der Deutschen Ausgleichsbank kooperieren. Eine sinnvolle konkrete Produktkoppelung zwischen Bundesinstitut und den einzelnen Länderinstituten ist herzustellen.

– Steuerliche Gleichstellung von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Einzelpersonen bei der Veräußerung von Beteiligungen. Es kann nicht sein, dass Kapitalgesellschaften ihre Beteiligungen nach einem Jahr steuerfrei veräußern können, während Personengesellschaften und Einzelpersonen ihre Veräußerungserlöse versteuern müssen.

– Bei Genehmigungsverfahren ist die Anzahl an Vorschriften und zuständigen Behörden zu verringern und zentrale Ansprechpartner sind in den entsprechenden Behörden zu benennen, die den Unternehmen bei den Antrags- und Genehmigungsverfahren kompetent zur Seite stehen.

6. Wohnungsbau und Eigentumsentwicklung stärker fördern

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beseitigung der Strukturkrise am Wohnungsmarkt Ost herbeizuführen. Kernpunkte dieses Programms sind:

– Streichung der Altschulden der Wohnungswirtschaft Ost bei dauerhaftem Leerstand von mehr als 5 % des Bestandes.

– Ein 1-Milliarde-Mark Sonderprogramm über drei Jahre, mit dessen Hilfe sinnvoller Abriss und städtebauliche Ergänzungsmaßnahmen ermöglicht werden.

– Öffnung der vorhandenen KfW- sowie Städtebauförderungsprogramme für strukturverbessernde Maßnahmen (Wohnumfeldverbesserung).

– Stärkung der Nachfrage durch eine Wohngelderhöhung in Höhe von 900 Mio. DM durch Umlenkung von Fördermitteln des Bundes für den sozialen Wohnungsbau.

– Beseitigung fiskalpolitischer Hindernisse zur Erleichterung des Strukturwandels, z. B. befristete Befreiung von Grunderwerbssteuer bei Strukturbereinigungsverkäufen oder die befristetete Aufhebung der 3-Objekte-Grenze zugunsten kleiner Privatvermieter.

– Zulassung der so genannten Verwertungskündigung sowie weitere Liberalisierungsschritte auch nach der aktuellen Novellierung des Mietrechts, bei der eine Verwertungskündigung gegen den Willen der Wohnungswirtschaft aus den neuen Bundesländern nicht geregelt wurde.

7. Moderne Ganztagsbetreuung fördern

Im Hinblick auf die Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen ist Gesamtdeutschland ein Entwicklungsland. Jedoch ist in Ostdeutschland das Angebot an Krippen-, Horten- und Ganztagskindergartenplätzen wesentlich besser als in Westdeutschland. Die Versorgungsquote für Krippenkinder liegt z. B. in Ostdeutschland bei 41 %, während sie in Westdeutschland bei lediglich 2 % liegt. Das Angebot an Ganztagsschulen ist jedoch auch in Ostdeutschland äußerst gering. Insgesamt lediglich 1 000 von 35 000 allgemeinbildenden Schulen bieten bundesweit Ganztagsbetrieb an. Als moderne Alternative zu Schule plus Hort mit der Möglichkeit der Verteilung des Unterrichtsstoffes auf individuell zugeschnittene Lern- und Trainingseinheiten muss die Ganztagsschule daher auch in den neuen Bundesländern gefördert werden.

8. Stärkung des Rechtswesens

Die Länder sind aufgefordert, die Gerichte besser auszustatten sowie die Zahl der Richterstellen angemessen zu erhöhen. Die Bürger, aber auch die Unternehmen, müssen weit schneller zu ihrem Recht kommen. Nach der von der Koalition diktierten Zivilprozessreform mit ihren Mehrbelastungen für die 1. Instanz kann es bei der jetzigen Arbeitsbelastung an den Gerichten nicht bleiben. Die Länder müssen die Gerichte besser ausstatten sowie die Anzahl der Richterstellen angemessen erhöhen. Schließlich muss erreicht werden, dass die Zwangsvollstreckung deutlich beschleunigt wird. Wer am Rechtsstaat spart, spart an einer der Säulen unserer Demokratie, für die die Bürger der neuen Bundesländer auf die Straße gegangen sind.

9. Grenzlandkonzept vorlegen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend ein nationales Grenzlandkonzept vorzulegen, das sicherstellt, dass die Grenzregionen dem erhöhten Anpassungsdruck, der von der EU-Osterweiterung ausgeht, standhalten können. Im Zuge der EU-Osterweiterung müssen sich die neuen Länder von einer Randregion zu einer europäischen Verbindungsregion entwickeln können.

10. Solidarpakt II und Länderfinanzausgleich

Im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe haben zum Solidarpakt II Bund und Länder gemeinsam ihren Beitrag zu leisten. Zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs sind die Ziele des Solidarpakts II automatisch innerhalb des Länderfinanzausgleichs zu berücksichtigen. Denn den ostdeutschen Bundesländern stünden aufgrund ihrer Leistungsschwäche, die in der nicht annähernd gleichen Wirtschaftskraft ihre Ursachen hat, rechtlich gesichert die notwendigen Mittel zu. Innerhalb der neuen Länder muss allerdings zwischen den einzelnen Regionen nach ihrer spezifischen Wirtschaftskraft stärker als bisher differenziert werden.

Die Zuweisungen aus dem Solidarpakt II an die neuen Länder sollen degressiv und in Form zeitlich befristeter Programme gestaltet sein. Sie haben anfangs ein Volumen, das den aktuellen Transfers im Rahmen des Solidarpakts I entspricht. Jeweils zur Hälfte der Programmzeit sollen die Programme begutachtet und überlappend für einen weiteren Dreijahreszeitraum verlängert werden. Im Zuge dieses Prozesses wird die Degression bestimmt.

Eine stärkere Differenzierung beim Länderfinanzausgleich gibt auch dem Wettbewerb zwischen den neuen Ländern eine neue Bedeutung. Die neuen Länder brauchen die Chance, neue Wege zu gehen und nach unkonventionellen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Politische Entscheidungen und Ergebnisse müssen für die Bürger in einem erkennbaren Zusammenhang stehen. Daher ist

ein Anreiz zur Orientierung auf wirtschaftliche Mittelverwendung und Investitionen mit maximaler Hebelwirkung zu etablieren.

Berlin, den 15. Mai 2001

Cornelia Pieper
Jürgen Türk
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Günther Rexrodt
Ulrike Flach
Birgit Homburger
Horst Friedrich (Bayreuth)
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Werner Hoyer
Ulrich Irmer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Günther Friedrich Nolting
Detlef Parr
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Hermann Otto Solms
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333